

„Das Verhältnis von christlichem Liebesgebot zum Realismus in der Politik“

Das christliche Liebesgebot stellt für die praktische Politik seit jeher eine ständige Herausforderung dar. Sätze wie „*Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst*“ (Matthäus 5,39) oder gar das Gebot der Feindesliebe aus der Bergpredigt „*Ihr habt gehört, dass gesagt ist: »Du sollst deinen Nächsten lieben« (3.Mose 19,18) und deinen Feind hassen. Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen*“ (Matthäus 5,43), bilden seit jeher eine Provokation für alle, die aktiv in die Politik streben.

Wer in unserem Zusammenhang von dem Liebesgebot spricht, meint damit selbstverständlich nicht das starke Gefühl inniger und tiefer Verbundenheit zu einer anderen Person, sondern die erbarmende Liebe Gottes zu den Menschen und die verehrenden Liebe der Menschen zu Gott.

Die Verhältnisse in der Gemeinschaft scheinen den politisch Interessierten verbesserungsbedürftig zu sein oder sich sogar prinzipiell in die falsche Richtung zu bewegen. Häufig wird es Geltungsbedürfnis sein, das jemanden veranlasst, ein politisches Amt anzustreben. Es gibt aber sicher auch Menschen, die sich selbst in die Pflicht nehmen wollen, um der Gemeinschaft zu dienen. Wer aber – gleichgültig aus welchen Motiven – zu politischer Macht gelangt, erfährt sehr schnell, dass es nicht genügt, eine gute Gesinnung zu haben: Er gerät – gerade, wenn er Gutes anstrebt – immer wieder in Konflikte zwischen dem Wollen und den ihm von der Wirklichkeit abverlangten Verhaltensweisen und Entscheidungen.

In der Politischen Wissenschaft gelten seit langem die folgenden Sätze von *Niccolo Machiavelli* als klassisch für dieses Dilemma: „*Ein Mensch, der in allem nur das Gute tun wollte, müsste zugrunde gehen unter so vielen, die nicht gut sind. Daher muss ein Fürst, der sich behaupten will, auch imstande sein, nicht gut zu handeln, um das Gute zu tun und zu lassen, je nachdem es der Zwang der Lage erfordert.*“

Machiavelli spricht zwar vom Fürsten. Aber in unserer Zeit ist selbstverständlich der Politiker gemeint.

Was sagt das Zitat? Wer an der Verbesserung der Welt mitwirken will, scheitert immer wieder, wenn er dabei nur das moralisch Zulässige tut. Denn – so Macchivelli – die Mehrzahl schert sich nicht um die Moral. Will der Politiker also seine Ziele erreichen, muss er bereit sein, auch moralisch fragwürdig zu handeln. Damit entlarvt Machiavelli das Dämonische, das aller Machtausübung innewohnt.

Fällt sein Name, denkt man unwillkürlich an bestimmte Renaissancefürsten, aber auch an Napoleon oder Bismarck, Hitler und Stalin. Passt das Zitat auch auf die Politiker, die gegenwärtig in unserem Land damit beschäftigt sind, eine tragfähige Regierung zu Stande zu bekommen?

In der Welt unseres Grundgesetzes wird kein Politiker wagen, sich offen zu unmoralischem Verhalten zu bekennen. Im Gegenteil: Da die in unserem Grundgesetz verbürgte Menschenwürde – wie es wörtlich heißt – „unmittelbar geltendes Recht“ ist, „die alle staatliche Gewalt bindet“, hüten sich Politiker – gleich welcher Richtung –

den sprichwörtlich so genannten Eindruck zu erwecken, sie „gingen für ihre Ziele über Leichen“.

Der zitierte Artikel 1 unseres Grundgesetzes hat bekanntlich Vorläufer in der Zeit der Aufklärung sowohl in den USA wie auch in Frankreich. In Deutschland hat er sich erst angesichts der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten durchgesetzt. Sieht man genauer hin, ist die Vorschrift ein Ausfluss des christlichen Menschenbildes und damit auf das christliche Liebesgebot zurückzuführen. Dieses Liebesgebot umfasst zwar nicht alle Aspekte menschlicher Liebe, aber es enthält – über alle unterschiedlichen Weltanschauungen hinweg – das ethische Minimalprogramm, an das sich alle Bürger, aber auch die Inhaber der staatlichen Gewalt zu halten haben. Diese Vorschrift schreibt positiv-rechtlich – und damit verbindlich – die Achtung gegenüber allen Mitmenschen vor. Dagegen zu verstoßen bedeutet, sich gegen die Gemeinschaft zu stellen, unethisch zu handeln und – das sollte man nicht vergessen – sich bei erheblichen Verstößen auch der staatlichen Strafjustiz auszusetzen.

Dem Vorwurf, gegen diese Vorschrift verstoßen zu haben, will sich in der Öffentlichkeit kein Politiker aussetzen. Und sogar diejenigen, die ihre politische Macht bedenkenlos einsetzen, versuchen, ihr Handeln als Gebot von Ethik und Moral darzustellen. Sie versichern immer wieder, dass ihre Engagement mit dem Gebot der Achtung der Menschenwürde in Einklang steht.

Wenn man aber in der Politik unethischem Verhalten zur Erreichung seiner Ziele nicht entkommen kann, muss man dann das Feld der Politik kampflos den bedenkenlosen Machtmenschen überlassen?

Das dürfen wir natürlich gar nicht. Denn wir – und das ist jeder Einzelne – sind nun einmal für die Welt und das Leben auf der Erde verantwortlich. Diesem Gebot können wir nur dann entsprechen, wenn wir uns um das Zusammenleben kümmern, wenn wir es als Pflicht begreifen, die Welt zu gestalten.

Wir müssen dann aber auch zur Kenntnis nehmen, dass unsere eigenen Standpunkte über das Notwendige oder Sinnvolle auf andere Auffassungen stoßen, dass es andere Menschen gibt, für die ganz andere Ziele Vorrang haben. Eine „Oberinstanz“, die erkennen oder festlegen könnte, was etwa richtig und was etwa falsch ist, gibt es nicht. Es gibt immer Meinungen, die von denen anderer Menschen abweichen, so dass es immer sinnvoll ist, politische Auseinandersetzungen zu führen, weil es über das, was als gerecht gelten soll, immer politischen Kampf gibt und geben wird. Das ist – gerade nach den Erfahrungen mit den beiden Diktaturen in unserem Land – eine den demokratischen Staat konstituierende Tatsache. Den politischen Kampf endgültig überflüssig machen zu wollen, ist nicht nur gar nicht möglich, sondern ein prinzipiell falsches Ziel.

Wenn man dem politischen Kampf aber nicht ausweichen kann – ist es also gerade dann für den Christen unvermeidbar, unethisch zu handeln? Muss der Christ demnach gegen das Liebesgebot verstoßen? – Steht das christliche Liebesgebot in einem unauflösbaren Gegensatz zu den Gesetzen der Politik? – Diese Fragen zu stellen, dürfen wir nicht müde werden. Ich will dazu eine Antwort versuchen:

Wer sich daran beteiligt, die Verhältnisse in Staat und Gesellschaft zu beeinflussen, kann dabei ethisch korrekt nur handeln, wenn er Realist ist, d. h., wenn er die Sachverhalte, die er ändern oder Ziele, die er erreichen will, nüchtern in den Blick nimmt, wenn er nicht irgend welchen Utopien nachläuft, sondern – wie wir treffend sagen – wenn er sachgerecht agiert, also weder wichtige Tatbestände übersieht, noch Unerreichbares vorhat.

Das gilt natürlich zunächst für ihn selbst und gehört immer und unablässig zu ethisch und moralisch einwandfreiem Verhalten auch im Privatbereich.

Das gilt aber ebenso in der Auseinandersetzung mit politischen Konkurrenten: Das christliche Liebesgebot verlangt nämlich auch, sachfremde Gesichtspunkte der Gegner und deren Auffassungen öffentlich zur Sprache zu bringen, sie entweder abzuerkennen oder ggfs. zu bekämpfen. Das widerspricht nicht dem christlichen Liebesgebot, sondern bedeutet im Gegenteil, ihm in der Politik zu entsprechen. Das gilt vor allem dort, wo es demokratisches Ringen um politische Ziele und deren legitime Durchsetzung gibt. Das aber ist im Staat unseres Grundgesetzes prinzipiell so.

Folgt man dieser Argumentation, bedeutet sie aber auch, dass Christen bei dem ja niemals abgeschlossenen Ringen um eine gerechte Gesellschaft politisch nicht abseits stehen dürfen. So verstanden ist es gerade wegen des Liebesgebotes für Christen Pflicht, sich am politischen Kampf zu beteiligen: Nur dann nämlich ist es möglich, die von Machiavelli in den Blick genommene Dämonie der Macht zu zähmen. Den Gegner nicht als Feind zu betrachten, den man von der Teilnahme an der politischen Auseinandersetzung ausschließen oder den man gar vernichten will, ist auf diesem Feld die zentrale Forderung des Liebesgebots – ebenso, wie das energische Einschreiten gegen Meinungen, die die demokratische Auseinandersetzung verhindern wollen. Sucht man nach einem Wort Jesu, das dieser Auffassung entspricht, findet man zwar keine demokratie-theoretischen Erörterungen, wohl aber einen unerschütterlichen Standpunkt auch gegen Mächtige. In Johannes 18, 23 wehrt sich der gefesselte Jesus gegen einen Knecht des Hohenpriesters, der ihn geschlagen hat, mit dem Satz: „Habe ich übel geredet, so beweise, dass es böse ist; habe ich aber recht geredet, was schlägst Du mich?“

Zusammengefasst: Auszusprechen, was richtig und angemessen ist, widerspricht weder dem Liebesgebot noch dem Gebot der Feindesliebe.